

10. VI. 1917

Die Erklärungen der österreichischen und ungarischen Sozialisten.

Bulgarische Einwendungen.

S. Sofia, 8. Juni. (Melbung der Bulgarischen Telegraphenagentur.)

Hinsichtlich der von den österreichischen und ungarischen sozialistischen Delegationen in Stockholm abgegebenen Erklärungen hebt das halbamtliche „Echo de Bulgarie“ die dunkle Fassung der Formel „weder Annexionen noch Entschädigungen“ hervor, die, vollständig durchgeführt, nichts anderes als ein Auskunftsittel wäre, das das Feuer unter der Asche glühen ließe, aus dem morgen der Funke eines neuen Brandes hervorspringe, ein Umstand, dessen sich die österreichischen und ungarischen Sozialisten nicht genug bewusst seien. Das Balkanproblem, sagt das Blatt, bleibt eines der bedeutendsten, das zu regeln ist. Die geeinigten bulgarischen Sozialisten haben klar und bündig ihren Standpunkt hiesbezüglich auseinandergesetzt. Sie haben erklärt, daß Mazedonien und die Dobrudscha, die zwischen den Bulgaren einerseits und den Serben sowie den Rumänen andererseits den Zantapfel bilde, gemäß dem Nationalitätsprinzip an Bulgarien fallen müssen. Die an einer dauerhaften Ordnung auf der Balkanhalbinsel nicht minder interessierte österreichische Delegation hat sich mit einer vagen Formel begnügt, die dahin lautet, daß die Balkanstaaten ihre Bestrebungen einverständlich regeln und durch ein Bündnis alle Forderungen der Balkanvölker verwirklichen sollen. Aber wie sollen dieses Einverständnis und dieses Bündnis erzielt werden? Dies ist der Punkt, der der Aufklärung bedürftig ist, wenn man vermeiden will, nicht von der Stelle kommen zu können. Die Geschichte der serbisch-bulgarischen Beziehungen seit 60 Jahren ist voll von lehrreichen Beispielen. Die österreichischen Sozial-

isten kennen sie zweifellos nicht und sie haben Unrecht. Aber die unsrigen sind von der Zukunft ihres eigenen Landes gehalten, sie niemals zu vergessen, bevor sie daran denken können, irgend ein Bündnis abzuschließen.

„Narod“ das Organ der geeinigten bulgarischen sozialistischen Partei schreibt: Die Balkanstaaten müssen notwendigerweise ihre annähernden Grenzen zerschneiden. In dem Wunsche unserer österreichischen Kameraden, der danach zielt, eine Vereinigung Serbiens mit Montenegro herbeizuführen, damit Serbien einen Ausgang zum Adriatischen Meer erhalte, sehen wir eine Anerkennung der nationalen Ansprüche des bulgarischen Sozialismus auf Mazedonien, das nach der maßgebenden Meinung unseres deutschen Kameraden Runow bis zum Ochrida-See von einer fast rein bulgarischen Bevölkerung bewohnt ist. Die Lehren, die sich aus den serbisch-bulgarischen Beziehungen selbst noch vor dem Bestande eines bulgarischen Staates ergeben, müssen insbesondere der Aufmerksamkeit der ungarischen Sozialisten empfohlen werden, die in Stockholm noch weiter gegangen sind als ihre österreichischen Kameraden. Die Ungarn sind in Bezug auf Mazedonien für eine Verständigung zwischen den serbischen und bulgarischen Sozialisten eingetreten, aber die Serben haben in Mazedonien nichts zu tun, ob sie nun Sozialisten sind oder nicht. Mazedonien blickt nicht umsonst auf eine Geschichte voll der Hingebung an die nationale Sache der Bulgaren zurück und das bulgarische Volk wird den serbischen Sozialisten gegenüber nicht deshalb, weil sie Sozialisten sind, seinen jahrhundertalten Rechten entsagen. Was würde die ungarische Delegation sagen, wenn man ihr etwa vorschläge, eine Verständigung mit den rumänischen Sozialisten in Bezug auf Siebenbürgen herbeizuführen, das immerhin eine Million Rumänen zählt, wohingegen in ganz Mazedonien nicht ein einziger Serbe existiert. Wir geben diesen Vergleich, um die Ungereimtheit gewisser sinnloser Formeln zu erweisen.